

Blazejczak, Jürgen; Görzig, Bernd

Article — Digitized Version

Eine mittelfristige Strategie zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Blazejczak, Jürgen; Görzig, Bernd (1980) : Eine mittelfristige Strategie zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 60, Iss. 6, pp. 307-312

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135451>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Eine mittelfristige Strategie zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung

Jürgen Blazejczak, Bernd Görzig, Berlin

Vor einiger Zeit untersuchte Professor Gernot Weißhuhn im WIRTSCHAFTSDIENST die Frage, ob eine vom DIW vorgeschlagene mittelfristige Strategie die Vollbeschäftigung bringt¹. Im folgenden Artikel erläutern Mitarbeiter des DIW die Vollbeschäftigungsstrategie und weisen auf Mißverständnisse hin, die bei der Interpretation der Vorschläge und der benutzten wissenschaftlichen Methoden auftauchen.

Nach der Rezession in den Jahren 1974 und 1975 zeigte sich, daß der in diesen Jahren erreichte hohe Stand der Arbeitslosigkeit nur schwer wieder abgebaut werden konnte. Für die Zukunft ist eher noch mit einer Verschärfung der Arbeitsmarktsituation zu rechnen. Die starken Geburtenjahrgänge und die stetig zunehmende Erwerbsneigung der verheirateten Frauen werden bis Ende der 80er Jahre das Arbeitsangebot weiter ansteigen lassen, ohne daß erkennbar ist, wie es – unter Status-quo-Bedingungen – absorbiert werden kann.

Ebenso wie andere hat das DIW schon frühzeitig auf diese mittelfristigen Probleme hingewiesen und erstmals 1978 vorgeschlagen, durch zusätzliche Nachfrage das Wirtschaftswachstum auf einen Pfad anzuheben, der es erlaubt, auch das zu erwartende zusätzliche Erwerbspersonenpotential zu beschäftigen². Da die Ursachen für das zu erwartende zunehmende Arbeitsmarktungleichgewicht mittelfristiger Natur sind, ist auch der DIW-Vorschlag als eine mittelfristige Strategie zu verstehen und nicht als konjunkturpolitische Empfehlung, wie häufig angenommen wurde.

Zur Quantifizierung der Wirkungen einer derartigen Strategie wurde zunächst die Input-Output-Rechnung eingesetzt³. Offen blieb bei diesem Ansatz allerdings, ob die zusätzliche Nachfrage finanzierbar ist und welche Wirkungen einer Finanzierung durch den Staat im

Kreislaufzusammenhang zu erwarten sind. Um auch auf diese Frage Antwort geben zu können, wurde ein ökonometrisches Modell eingesetzt, das im DIW auf der Grundlage von zwei Versionen des Bonner Modells entwickelt worden ist. Die Ergebnisse der mit diesem Modell durchgeführten Rechnung konnten schließlich vor etwas mehr als einem Jahr vorgestellt werden⁴. Sie haben in der Zwischenzeit zu einer kontroversen öffentlichen Diskussion geführt, die häufig auf den Gegensatz zwischen angebots- und nachfrageorientierten Ansätzen zugespielt wird. Dabei wird leicht übersehen, daß die Vorschläge des DIW sowohl nachfrage- als auch angebotsorientierte Aspekte enthalten⁵. Wie in einem Beitrag in dieser Zeitschrift kürzlich dargelegt worden ist, gilt dies nicht nur für die DIW-Vorschläge, sondern auch für die vom Sachverständigenrat entwickelten Strategien⁶.

¹ Vgl. G. Weißhuhn: Bringt eine nachfrageorientierte Strategie die Vollbeschäftigung?, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 59. Jg. (1979), H. 12, S. 599 ff.

² Vgl. Eine mittelfristige Strategie zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung. Bearb.: Arbeitskreis Arbeitsmarktperspektiven, in: Wochenbericht des DIW, Nr. 15/1978.

³ Vgl. Gefahr steigender Arbeitslosigkeit durch die bisherigen Konjunkturprogramme nicht gebannt. Bearb.: Arbeitskreis Arbeitsmarktperspektiven, in: Wochenbericht des DIW, Nr. 2/1978.

⁴ Vgl. Finanzierungsstruktur und Verteilungswirkungen einer nachfrageorientierten Strategie der Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung. Bearb.: Arbeitskreis Arbeitsmarktperspektiven, in: Wochenbericht des DIW, Nr. 13/1979.

⁵ Vgl. W. Kirner: Strategien zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung. Die Position des DIW, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 1/1980.

⁶ Vgl. H. H. Härtel: Die Kontroverse über die „richtige“ Vollbeschäftigungsstrategie, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 60. Jg. (1980), H. 4, S. 177 ff.

Jürgen Blazejczak, 31, Dipl.-Ing., und Dr. Bernd Görzig, 37, Dipl.-Volkswirt, sind wissenschaftliche Mitarbeiter des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin.

Von den Vorstellungen des Sachverständigenrates unterscheidet sich die DIW-Strategie jedoch in wesentlichen Punkten, deren rationale Diskussion häufig dadurch erschwert wird, daß bisher nur das DIW eine im einzelnen nachvollziehbare Quantifizierung seiner Vorschläge vorgelegt hat. Selbst da, wo sich die Auseinandersetzung auf die quantitativen Aspekte der Vorschläge des DIW bezieht, finden sich keine oder nur vage formulierte quantitative Gegenvorstellungen. Abgesehen von dieser Ungleichgewichtigkeit zeigt die Diskussion, daß es verschiedentlich zu Mißverständnissen sowohl bezüglich der Vorschläge des DIW als auch der vom DIW benutzten wissenschaftlichen Methoden gekommen ist. Bevor auf einzelne kontroverse Fragen eingegangen wird, um diese Mißverständnisse zu beseitigen, erscheint es zweckmäßig, den Stellenwert ökonomischer Modelle bei der Erarbeitung wirtschaftspolitischer Strategien zu umschreiben und das verwendete Modell wenigstens im Überblick darzustellen⁷.

Leistungsfähigkeit ökonomischer Modelle

Ökonomische Modelle werden seit geraumer Zeit in der empirischen Wirtschaftsforschung eingesetzt, und zwar sowohl für Analysen und Prognosen als auch zur Konzipierung wirtschaftspolitischer Strategien. Im allgemeinen handelt es sich dabei um Gleichungssysteme, die institutionelle und verhaltensmäßige Zusammenhänge in detaillierter Form beschreiben und deren Koeffizienten mit statistischen Methoden aufgrund von Beobachtungen der Vergangenheit ermittelt werden. Auf diese Weise lassen sich empirisch gestützte quantitative Aussagen über Ziel-Mittel-Relationen machen. Darüber hinaus stellen ökonomische Modelle die Konsistenz der Ergebnisse sicher, da definitorische Zusammenhänge, z. B. im Rahmen der

⁷ Vgl. J. Blazejczak: Ökonomische Analyse einer mittelfristigen Strategie zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung, in: C. Schäfer, H. Tofaute (Hrsg.): Beschäftigungssichernde Finanzpolitik. Eine Chance für Vollbeschäftigung, Frankfurt 1980 (in Vorbereitung).

⁸ Vgl. W. Krelle: Erfahrungen mit einem ökonomischen Prognosemodell für die Bundesrepublik Deutschland, Meisenheim am Glan 1974; H. Quinke (Zusammenstellung): Bonner Modell 5.5, Vervielfältigte Dokumentation, Bonn 1978.

volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, berücksichtigt werden. Schließlich machen sie simultane Beziehungen handhabbar, die zur Folge haben, daß jede Änderung einer Variablen nicht nur direkte, sondern – über Rückwirkungen auf die ursprünglich geänderte Variable – auch indirekte Wirkungen hat.

Untersuchungen über die Leistungsfähigkeit ökonomischer Prognosemodelle haben gezeigt, daß mechanisch angewandte Modelle anderen Prognoseverfahren, die auf Erfahrung und Urteil beruhen und informelle Techniken benutzen, nicht generell überlegen sind. Bessere Ergebnisse wurden aber immer dann erzielt, wenn ökonomische und andere Methoden verknüpft wurden. Bei dieser Vorgehensweise fällt dem ökonomischen Modell in einem iterativen Prozeß die Aufgabe zu, Implikationen von Hypothesen aufzuzeigen, deren Verträglichkeit dann mit A-priori-Wissen oder Plausibilitätsüberlegungen überprüft werden kann.

So angewandt, helfen ökonomische Modelle diejenigen Bereiche zu identifizieren, in denen weitere Untersuchungen anzusetzen haben. Umgekehrt können auch Erkenntnisse, die im Rahmen von vergleichsweise stark disaggregierten Teilmodellen gewonnen werden, mit vornehmlich die kreislaufmäßigen Interdependenzen berücksichtigenden Makromodellen verknüpft werden. Gleichzeitig bieten derartige Modelle auch einen konsistenten Rahmen, in den Urteile und Erfahrungen von Experten eingebracht werden können.

Die Berliner Version des Bonner Modells

Ökonomische Modelle werden zunächst für ganz bestimmte Fragestellungen entwickelt. Andere Fragestellungen machen es daher erforderlich, die Modelle entsprechend anzupassen. Dies zeigten auch Experimente mit verschiedenen Versionen des Bonner Modells, die als Grundlage für die Vorschläge des DIW verwendet wurden.

Bei Proberechnungen mit der Version 5.5 des Bonner Modells⁸ stellte sich heraus, daß mit diesem Modell zwar die Nachfrage im privaten Sektor hinreichend gut

KONJUNKTUR VON MORGEN

Der vierzehntäglich erscheinende Kurzbericht des HWWA - Institut für Wirtschaftsforschung - Hamburg über die Binnen- und Weltkonjunktur und die Rohstoffmärkte

ISSN 0023-3439

VERLAG WELTARCHIV GMBH - HAMBURG

erklärt werden kann, es im Bereich der Einkommensverteilung und der Komponenten des Staatshaushaltes, auf die es im Zusammenhang mit den Finanzierungswirkungen eines Vollbeschäftigungsprogramms besonders ankommt, jedoch nicht genügend detailliert ist. Hier konnte auf die Version 9 des Bonner Modells⁹ zurückgegriffen werden, in der die Komponenten des Staatshaushalts getrennt für die Gebietskörperschaften und die Sozialversicherung und eine größere Zahl von Einnahme- und Ausgabenarten aufgegliedert worden sind. Dadurch war es möglich, auch die Einkommensverteilung und -umverteilung besonders bei den Gewinneinkommen detaillierter darzustellen.

Für die beabsichtigte Untersuchung wurden die beiden Versionen des Bonner Modells verknüpft. Im Laufe des iterativen Prozesses von Modellsimulationen und Evaluierung der Ergebnisse wurde das so entstandene Modell modifiziert und erweitert, um spezielle Aussagen machen und zusätzliche Informationen einbeziehen zu können. So wurden beispielsweise die im Bonner Modell mit anderen Ausgaben der Sozialversicherungen zu einem Posten zusammengefaßten Geldleistungen der Arbeitslosenversicherung ausgegliedert, um zu Aussagen über die Entlastung der Arbeitslosenversicherung durch die Reduzierung der Arbeitslosigkeit zu gelangen. Die im Bonner Modell nicht weiter differenzierte Preiskomponente wurde durch Erklärungsgleichungen für eine Reihe von Preisindizes der Verwendungsbereiche ersetzt, um auf diese Weise auch Preisstruktureffekte berücksichtigen zu können. Beim Arbeitsangebot wurde eine Trennung nach Inländern und Ausländern vorgenommen. Zur Bestimmung des Kapitaleinsatzes wurde ein Vermögensmodell in Anlehnung an die Anlagevermögensrechnung des DIW entwickelt.

Langwierige Evaluierungsphase

Die so entstandene Berliner Version des Bonner Modells¹⁰ enthält 193 Gleichungen, die ebensoviele endogene Variable erklären, davon 71 in stochastischen Gleichungen mit geschätzten Koeffizienten, die übrigen in definitorischen Gleichungen. Die Zahl der exogenen Variablen, die die Modellvariablen beeinflussen, selbst aber für den angestrebten Untersuchungszweck als von diesen unbeeinflusst angesehen werden können, beträgt 41. Davon sind 15 Parameter des Steuer- und Sozialversicherungssystems. Von den restlichen dienen sechs der Prognose der Bevölkerung und des Erwerbspotentials und fünf der Prognose des Welt- und Außenhandels. Die Koeffizienten der stochastischen Gleichungen des Modells wurden mit Jahresdaten, die bis zum Jahr 1977 rei-

chen, nach der Methode der kleinsten Quadrate geschätzt.

Jeder, der einmal mit ökonomischen Modellen dieser Art gearbeitet hat, weiß, daß die Evaluierungsphase eines solchen Modells außerordentlich langwierig ist. Eine Vielzahl von Alternativrechnungen müssen durchgeführt werden, um die Sensitivität des Modells bezüglich der Veränderung der exogenen Variablen überprüfen zu können. Im Zuge dieses Prozesses wurden auch alternative Annahmen über die Wachstumsrate des Welthandels und des Weltexportpreisniveaus in das Modell eingegeben. Dabei zeigte sich, daß eine Erhöhung der Wachstumsrate des Welthandelsvolumens mittelfristig einen Wachstumsgewinn für das Sozialprodukt von 0,3 % brachte. Die Erhöhung des Anstiegs der Welthandelspreise auf DM-Basis um einen Prozentpunkt führte zu einem zusätzlichen Anstieg der inländischen Verbrauchspreise von 0,2 Prozentpunkten ohne nennenswerte reale Wirkungen.

Die Diskussion um die quantitativen Aspekte des DIW-Programms kreist um verschiedene Punkte, die sich zu drei Bereichen zusammenfassen lassen:

- die prognostizierte Entwicklung des realen Sozialprodukts und der Arbeitsproduktivität,
- der Zusammenhang zwischen Auslastung, Preisen und Löhnen,
- die Größenordnung des vom DIW vorgeschlagenen Programms.

Produktion und Arbeitsproduktivität

Das DIW hat in seiner Status-quo-Prognose gezeigt, daß eine unter dem Produktivitätsanstieg liegende Ausweitung des realen Sozialprodukts, ein weiterer Rückgang der Zahl der Beschäftigten also, im Bereich des Möglichen liegt. Dem ist entgegengehalten worden, daß das DIW die zukünftige Nachfrage insbesondere des Staates ohne ausreichende Begründung zu niedrig und den zu erwartenden Produktivitätsanstieg zu hoch eingeschätzt habe¹¹. Auf diese Kritik ist an anderer Stelle ausführlicher eingegangen worden¹², so daß es genügt, hier die wichtigsten Argumente für die Begründung der Status-quo-Prognose stichwortartig anzuführen.

⁹ Vgl. W. Krelle, R. Pauly: Konsum und Investitionen des Staates bis 1985, Göttingen 1976.

¹⁰ Vgl. J. Blazejczak: Berliner Version des Bonner Modells (Dokumentation). Vervielfältigtes Manuskript, Berlin, Mai 1979.

¹¹ Vgl. H. Ehrenberg: Perspektiven der Beschäftigungspolitik, in: Sparkasse, Heft 8/1979.

¹² Vgl. J. Blazejczak, B. Görzig: Perspektiven der Beschäftigungspolitik – Eine Erwiderung, in: Sparkasse, Heft 1/1980, S. 28 f.

□ Die Status-quo-Prognose bezeichnet keine unabwendbare Entwicklung, sondern diejenige, die bei unveränderten Verhaltensweisen zu erwarten ist. Der Prognostiker verwendet sogenannte „Status-quo-Prognosen“, um drohende Fehlentwicklungen aufzuzeigen und Strategien zu entwickeln, die diesen Fehlentwicklungen entgegenzutreten.

□ Für die Nachfrageentwicklung des Staates bedeuten unveränderte Verhaltensweisen gegenüber der Vergangenheit: Konsolidierung durch Ausgabenkürzungen im Rahmen der seinerzeit von der mittelfristigen Finanzplanung vorgezeichneten Bahnen. Das Prognosemodell zeigt, daß eine solche Abschwächung von der Nachfrage im privaten Bereich nicht kompensiert werden kann, so daß mit zunehmender Arbeitslosigkeit zu rechnen ist.

□ Die mittelfristig prognostizierte Produktivitätsentwicklung mit einer jahresdurchschnittlichen Zuwachsrate auf Stundenbasis von 4,3 % (pro Kopf der Erwerbstätigen gerechnet bedeutet dies eine Zunahme um 3,3 %) ist geringer als in den 60er und frühen 70er Jahren und liegt geringfügig über den in den Jahren 1974 bis 1978 realisierten Werten, die wohl die untere Grenze der wahrscheinlichen Entwicklung markieren. Im übrigen liegt die Zuwachsrate der Stundenproduktivität auch innerhalb der Bandbreite von 4 bis 4,5 %, die von der Bundesregierung in der mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 1978 bis 1983 zugrunde gelegt wurde.

□ Der geringe Anstieg der Stundenproduktivität in 1978 deutet keine Trendumkehr an, sondern beruht auf Besonderheiten der strukturellen Entwicklung. Die Abschwächung des Produktivitätsanstiegs ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß die Produktion im verarbeitenden Gewerbe, dem Bereich mit dem stärksten Anstieg der Arbeitsproduktivität, nur unterdurchschnittlich zugenommen hat. 1979 nahm die Arbeitsproduktivität mit zunehmendem Produktionsanstieg im verarbeitenden Gewerbe wieder stärker zu.

Reihe von Mißverständnissen

Der Einwand von Ehrenberg, in der Prognose des DIW werde das Nachfragewachstum unterschätzt und der Produktivitätsanstieg überschätzt, führt zu dem Schluß, daß der wirtschaftspolitische Handlungsbedarf geringer sei als vom DIW angegeben. Zu ganz anderen Folgerungen kommt Weißhuhn in seiner Auseinandersetzung mit den Ergebnissen über den Zusammenhang zwischen Auslastung, Preisen und Löhnen, daß nämlich vermutlich „... erheblich mehr öffentliche Mittel in Milliardenhöhe einzusetzen...“¹³ sind. Weiß-

huhn ist der Meinung, daß der Marktpreismechanismus im DIW-Modell nicht berücksichtigt und die zukünftige Auslastung des Produktionspotentials unbestimmt sei; außerdem würden zwei miteinander unvereinbare Lohnstrategien der Gewerkschaften unterstellt. Diese Argumentation läßt eine Reihe von Mißverständnissen über Wirkungszusammenhänge in der Berliner Version des Bonner Modells erkennen, auf die im folgenden eingegangen werden soll.

Die Preisgleichungen

Die Preisentwicklung ist im Modell durch reduzierte Form-Gleichungen erfaßt, die gedanklich aus je einer Angebots- und Nachfragefunktion zusammengesetzt sind. Die Angebotsbedingungen werden über die Lohn-, Import- und Steuerstückkosten, die Nachfragebedingungen über die Kapazitätsauslastung berücksichtigt. In der gemeinsamen Erfassung von Angebots- und Nachfragebedingungen kommt zum Ausdruck, daß in der Gesamtwirtschaft monopolistisches und polypolistisches Preisverhalten der Unternehmen nebeneinander und in Mischformen auftritt. Das bedeutet, daß die Preise nicht ohne Rücksicht auf Marktkräfte allein von der Unternehmensseite fixiert werden.

Die geschätzten Koeffizienten der Preisgleichung

$$P_t = a_1 K_t + a_2 C_t + a_3 P_{t-1} + a_4 + R_t$$

mit P = Preisindex, K = Stückkosten, C = Kapazitätsauslastung und R = Restgröße geben Auskunft darüber, welches Gewicht den Marktkräften beim Preisbildungsprozeß zugerechnet werden kann. Wie entsprechende Sensitivitätsuntersuchungen mit dem Modell zeigen, führt eine Erhöhung des Auslastungsgrades um 1 % im gleichen Jahr zu einer Erhöhung der Preissteigerungsrate um 0,5 % bei den privaten Investitionen und 0,2 % beim privaten Verbrauch. Es ist somit durchaus nicht nur mit Mengenreaktionen, sondern auch mit Preisreaktionen zu rechnen, wenn sich der Auslastungsgrad verändert.

Ermittlung der Kapazitätsauslastung

In den Schwankungen der Kapazitätsauslastung kommt die Veränderung der Nachfrage im Verhältnis zu den Produktionsmöglichkeiten zum Ausdruck. Da es sich bei der Bestimmungsgleichung für die Kapazitätsauslastung um eine definitorische Relation handelt und Definitionsgleichungen in ökonometrischen Modellen lediglich algebraische Transformationen von Variablen darstellen, kann von einer autonomen Setzung, wie Weißhuhn behauptet, gar nicht die Rede sein.

¹³ Vgl. G. Weißhuhn, a. a. O.

Ebensowenig gilt dies für das Produktionspotential, das bei der Berechnung der Kapazitätsauslastung die Angebotsseite widerspiegelt. Die Problematik besteht lediglich darin, daß diese Größe unmittelbar nicht beobachtet werden kann. In der Literatur sind daher verschiedene Vorschläge zur Berechnung dieser Größe gemacht worden.

Im Bonner Modell wie auch in der Berliner Version ist die Entwicklung des Produktionspotentials in einem ersten Schritt als Trendfunktion durch die Vergangenheitswerte der Produktion ermittelt worden. Zur Prognose wurde eine Funktion verwendet, mit der diese Trendwerte für das Produktionspotential im wesentlichen in Abhängigkeit von einem gewichteten Dreijahresdurchschnitt der Produktion approximiert worden sind:

$$Y_t^c = a_1 \cdot \frac{1}{100} \frac{3Y_t + 2Y_{t-1} + Y_{t-2} + \dots + R_t}{3}$$

Man kann sicherlich darüber diskutieren, ob es nicht eine zu starke Vereinfachung ist, bei der Berechnung der Produktionskapazitäten die Menge der verfügbaren Produktionsfaktoren unberücksichtigt zu lassen. Sichergestellt ist jedoch in jedem Fall der Zusammenhang zwischen Produktionspotential und tatsächlicher Produktion. Sensitivitätsaussagen haben zudem gezeigt, daß in der Prognosefunktion die Werte des Produktionspotentials und daher auch die Werte der Auslastung nur in einem sehr geringen Maße mit der Gewichtung der tatsächlichen Produktion variieren, da jede andere Gewichtung, etwa eine Gleichverteilung, zu einem anderen Schätzwert des Parameters a_1 führt. Die Auslastungswerte verändern sich bei anderen Gewichten in der Prognosefunktion daher kaum. Wie Sensitivitätsuntersuchungen für gleichverteilte Gewichte zeigen, liegt die Abweichung in den meisten Jahren unter 0,5 %. Lediglich in 1969/70 und 1975 ergeben sich stärkere Abweichungen. 1978 und 1979 sind die Auslastungsziffern identisch. Es zeigt sich also, daß die Bestimmung der Kapazitätsauslastung und des Zusammenhangs zwischen Auslastungsgrad und Preisentwicklung keinen Anlaß gibt, destabilisierende Tendenzen zu erwarten, solange man annehmen kann, daß die in der Vergangenheit beobachteten Zusammenhänge annähernd auch in Zukunft gelten.

Ermittlung der Lohnstückkosten

Eine weitere Quelle möglicher Instabilitäten wird von Weißhuhn im Verhalten der Gewerkschaften bei der Lohnbestimmung vermutet. Hier – so die Kritik – unterstelle das DIW zwei miteinander nicht vereinbare

Lohnstrategien der Gewerkschaften unter Ausklammerung des Einflusses der jeweiligen Arbeitsmarktlage auf die Lohnverhandlungen.

In der Berliner Version des Bonner Modells werden die Lohnstückkosten durch eine Definitionsgleichung ermittelt, in der die Lohnsumme (Lohnsatz (w) \times Arbeitsvolumen (H)) durch die Produktionsmenge (y) dividiert wird:

$$k = \frac{w \cdot H}{y}$$

Es ist möglich, diese Definitionsgleichung durch beliebiges Hinzufügen anderer Variablen algebraisch in eine andere Definitionsgleichung zu verwandeln. Die Division beider Seiten durch das Preisniveau ergibt beispielsweise eine Definitionsgleichung für die Lohnquote (β). Umgekehrt ist das Preisniveau definiert durch

$$p = \frac{w}{\frac{y}{H} \beta}$$

d. h. Lohnsatz dividiert durch Arbeitsproduktivität und Lohnquote. Dies ist eine Relation, die immer stimmt! Werden die Nominal-Lohnsätze erhöht, so verbessert sich entweder die Verteilungsposition der Lohnempfänger oder das Preisniveau steigt, wenn sich nicht gleichzeitig die Arbeitsstundenproduktivität erhöht. Welche Reaktionen im einzelnen zu erwarten sind, kann aus dieser Definitionsgleichung nicht abgelesen werden. Deswegen läßt sich aus dieser durch willkürliches Umformen entstandenen Gleichung auch keine bestimmte Verhaltensweise der Tarifparteien herauslesen.

Spezielle Lohnfunktion

Die Verhaltensweisen bei Lohnfindungsprozessen werden im Modell dagegen durch eine spezielle Lohnfunktion erfaßt, die die Änderungsrate des Lohnsatzes im privaten Bereich als Summe der vorjährigen Änderungsraten von Stundenproduktivität und Preisindex des privaten Verbrauchs erklärt. Diese Funktion hat sich für die Ex-post-Erklärung der Lohnentwicklung gut bewährt. Für den Zeitraum 1962 bis 1977 beträgt der mittlere absolute Fehler beim Stundenlohnsatz 18 Pfennige, die maximale Abweichung rund 5 % (1970). Versuche mit einem modifizierten Phillips-Kurven-Ansatz, in den die Arbeitslosenquote einbezogen ist, führen zu keiner besseren Erklärungsgüte. Es ist zudem fraglich, ob ein für die – durch relativ niedrige Arbeitslosenquoten gekennzeichnete – Vergangenheit geschätzter Ansatz dieser Art für die in Zukunft zu erwartenden hohen Arbeitslosenquoten Geltung beanspruchen kann.

Kurzfristige Abweichungen von der relativ stabilen trendmäßigen Entwicklung des Lohnsatzes aufgrund der jeweiligen Arbeitsmarktlage lassen sich darüber hinaus in der Weise erfassen, daß a priori Informationen und Urteile über das Verhalten der Tarifparteien in die Prognose einbezogen werden¹⁴.

Auch die Determinanten des Lohnbildungsprozesses in der Berliner Version des Bonner Modells liefern also keine Anhaltspunkte dafür, daß die Prognose des DIW die Gefahr möglicher instabiler Entwicklungen als zu gering einschätzt. Nur wenn man Grund zu der Annahme hätte, daß die Tarifparteien ihr Verhalten in Zukunft drastisch ändern, müßte man am Beschäftigungserfolg und an der Selbstfinanzierung des DIW-Programms zweifeln.

Größenordnung des Programms

Selbst diejenigen, die der Diagnose des DIW weitgehend folgen, haben gelegentlich die Größenordnung der kumulierten Beträge des Programmpakets als unrealistisch hoch angesehen. Schon der Vergleich der durchschnittlichen Veränderungsdaten gegenüber 1978, dem Basisjahr der Prognose, macht allerdings deutlich, daß die Dimensionierung der einzelnen Programmelemente nicht zu spektakulären Änderungen bisheriger Verhaltensweisen zwingt.

Daß es sich bei dem vom DIW vorgeschlagenen Programm um Größenordnungen handelt, die durchaus nicht unrealistisch sind, bestätigen auch Analysen des Wachstumspfades seit 1978¹⁵. Wie die Übersicht zeigt, werden sich die Verhaltensweisen der öffentlichen Haushalte im Durchschnitt der Jahre 1979/80 kaum von dem Pfad entfernen, den das DIW in seiner Vollbeschäftigungsvariante für notwendig erachtet hat. Die Ergebnisse machen weiterhin deutlich, daß als Folge dieser Haushaltspolitik sich auch die Mehrzahl der übrigen Verwendungsbereiche des Sozialprodukts

Die Entwicklung der Verwendungskomponenten des Sozialprodukts bis 1985^a

(zu Preisen von 1970)

	Jahresdurchschnittliche Veränderungen		
	Status quo 1985/1978	Programm 1985/1978	1985/1980
Privater Verbrauch	2,3	2,8	3,0
Staatsverbrauch	1,2	2,2	2,2
Bruttoinvestitionen	2,4	5,4	4,0
Anlageinvestitionen der Unternehmen	3,2	5,9	5,1
Anlageinvestitionen des Staates	-1,8	3,0	2,8
Güterverwendung im Inland	2,1	3,6	3,1
Ausfuhr	4,5	4,5	4,3
Güterverwendung insgesamt	2,7	3,6	3,4
Einfuhr	3,8	4,9	3,9
Bruttosozialprodukt	2,4	3,3	3,3

^a Prognosewerte aus dem Wochenbericht des DIW, Nr. 13/1979, bezogen auf die aktualisierten Werte für 1978 bzw. die erwarteten Werte für 1980, aus: Die Lage der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1980 (Gemeinschaftsdiagnose der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute), in: Wochenbericht des DIW, Nr. 17-18/1980.

gegenwärtig auf einem Wachstumspfad bewegen, wie er vom DIW unter Programmbedingungen errechnet worden ist.

Damit kann zwar konstatiert werden, daß es bisher gelungen ist, die für den Status-quo-Fall zu erwartende Fehlentwicklung zu vermeiden. Angesichts der Diskussion um die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, in der immer wieder Ausgabenkürzungen auch in denjenigen Aufgabenbereichen gefordert werden, die der Sicherung künftigen Wachstums dienen, besteht jedoch kein Anlaß, die Gefahren für die Beschäftigung, wie sie in der Status-quo-Prognose dargestellt worden sind, nunmehr als unrealistisch einzuschätzen.

¹⁴ Vgl. J. Blazejczak: Feineinstellung ökonomischer Modelle. Einige Erfahrungen mit der Berliner Version des Bonner Prognose-systems, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 4/1979, S. 416-423.

¹⁵ Vgl. Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1980 (Gemeinschaftsdiagnose der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute), in: Wochenbericht des DIW, Nr. 17-18/1980.

HERAUSGEBER: HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg (Prof. Dr. Armin Gutowski, Prof. Dr. Hans-Jürgen Schmahl)

REDAKTION:
Dr. Otto G. Mayer (Chefredakteur), Dr. Klaus Kwasniewski (Stellvertreter), Dipl.-Vw. Claus Hamann, Helga Lange, Helga Wenke, Dipl.-Vw. Klauspeter Zanzig

Anschrift der Redaktion: 2 Hamburg 36, Neuer Jungfernstieg 21, Tel.: (040) 35 62 306/307

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages ist es nicht gestattet, die Zeitschrift oder Teile daraus auf photomechanischem Wege (Photokopie, Mikrokopie) oder auf eine andere Art zu vervielfältigen. Copyright bei Verlag Weltarchiv GmbH.

HERSTELLUNG UND VERTRIEB:
Verlag Weltarchiv GmbH, Hamburg

Anzeigenpreisliste: Nr. 13 vom 1. 7. 1974

Bezugspreise: Einzelheft: DM 7,50, Jahresabonnement: DM 80,- (Studenten: DM 40,-)

Erscheinungsweise: monatlich

Druck: Buch- und Offsetdruckerei Wunsch, 8430 Neumarkt/Opf.

Anschrift des Verlages: 2 Hamburg 36, Neuer Jungfernstieg 21, Tel.: (040) 35 62 500